**Antrag
auf Gewährung einer Zuwendung**

An

(Antrags- oder Bewilligungsbehörde)

Ort, Datum

Zutreffendes bitte ankreuzen ☑ oder ausfüllen!

1. Antragsteller

Bei Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften sind auf gesondertem Blatt die Mitglieder und der Umfang ihrer Beteiligung anzugeben. Die Übersicht nach Muster 2 zu § 44 SÄHO ist gegebenenfalls für alle beteiligten Gemeinden beizufügen.

☐ Stadt	☐ Gemeinde	☐ Verwaltungs- verband	☐ Verwaltungs- gemeinschaft	☐ Landkreis	☐ Zweck- oder anderer kommunaler Verband
Name (mit Angabe des Landkreises)					
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)					
Bankverbindung (Bankleitzahl, Konto-Nummer, Geldinstitut)					
Auskunft erteilt			Ortsnetzkenzahl, Fernsprech-Nummer, Nebenstelle		
Region		Gemeindekennziffer nach dem systematischen Schlüsselverzeichnis (ohne Kennziffer für das Land) des Statistischen Landesamtes			
		☐ Zentraler Ort	☐ nein	☐ ja, eingestuft als	☐ Siedlungsschwerpunkt
☐ Oberzentrum	☐ mögliches Oberzentrum	☐ Mittelzentrum	☐ mögliches Mittelzentrum	☐ Unterzentrum	

2. Maßnahme (möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme)

3. Gesamtkosten

Hinweis: Wenn der Antragsteller für diese Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Kosten ohne Umsatzsteuer anzugeben.

Bei Baumaßnahmen ist eine Kostengliederung stets und bei Untersuchungen, Planungen und Beschaffungen dann beizugeben, wenn es von der Bewilligungsbehörde für erforderlich gehalten wird.

EUR	◄ Gesamtkosten – gegebenenfalls laut beiliegender Kostengliederung
EUR	◄ davon entfallen auf den zur Förderung beantragten Abschnitt [Angabe nur bei größeren, selbständig nutzbaren Planungs-, Untersuchungs- oder Durchführungs- (Bau)abschnitten, auf die auch die Finanzierung (Nummer 6) abgestellt ist. Zeitliche Aufteilung und damit Finanzierungsabschnitte ergeben sich aus Nummer 8.]
EUR	◄ Von den der Finanzierung zu Grunde gelegten Kosten (Nummer 6) sind zuwendungsfähig

4. Zu den Gesamtkosten Kosten des Abschnitts werden hiermit folgende Zuwendungen beantragt:

Zuwendungsbereich	Zuweisung EUR	Darlehen EUR
Insgesamt		

Sonstige Zuwendungen (zum Beispiel Schuldendiensthilfen)

5. Weitere Zuwendungen

Für die Maßnahme wurden bereits folgende weitere Zuwendungen beantragt beziehungsweise bewilligt (bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem ° zu kennzeichnen):

Zuwendungsbereich	Zuweisung EUR	Darlehen EUR
Insgesamt		
Sonstige Zuwendungen		

6. Finanzierung

Zuwendungen laut Nummer 4	_____ EUR
Zuwendungen laut Nummer 5	_____ EUR
Zuwendungen von Kommunen Zuwendungsgeber:	_____ EUR
Beiträge Dritter Rechtsgrundlage (zum Beispiel KAG)	_____ EUR
Darlehen mit Schuldendiensthilfe	_____ EUR
Übrige Eigenmittel	_____ EUR
Gesamtkosten	===== EUR

7. Für Baumaßnahmen:

Vorgesehener Baubeginn:	_____
Vorgesehene Fertigstellung:	_____

8. Von den Kosten fallen voraussichtlich an (beziehungsweise sind angefallen):

Zeitraum	EUR	davon zuwendungsfähig EUR
In den Vorjahren		
Im laufenden Jahr 20__		
20__		
20__		
20__ und folgende		

9. Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides beziehungsweise vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Vorhabensbeginns in Angriff genommen wird.
10. Der Antragsteller erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug
- berechtigt nicht berechtigt
- ist.
11. Ergänzende Angaben und gegebenenfalls Anlagenübersicht (soweit erforderlich, gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

Hinweis: Die Daten von Antragstellern auf Fördermittel werden gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (SächsFöDaG) vom 10. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 273), in der jeweils geltenden Fassung, in einer landeseinheitlichen Fördermitteldatenbank zum Zwecke der laufenden Analyse der Förderpraxis, der Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht und der Vermeidung rechtswidriger Förderung verarbeitet.

Unterschrift

Dienstsiegel

Anlage zum Antrag vom: _____

Antragstellende Gemeinde/Verwaltungsverband:

I. Antragsteller:

1. Nimmt die Gemeinde/der Verwaltungsverband gemäß § 2 Abs. 1 und 2 SächsMG die Aufgaben der Meldebehörden wahr?

Ja

Nein

2. Welches Einwohnermeldeverfahren (EWO-Verfahren) wurde durch die Gemeinde/den Verwaltungsverband bisher eingesetzt?

3. Förderantrag bezieht sich auf die

Förderphase 1 (2005) und/oder

Förderphase 2 (2006)

4. Finanzplan mit Zeitschiene liegt dem Antrag bei

Ja

Nein

II. Zuwendungsvoraussetzungen:

1. Verfügt die Gemeinde/der Verwaltungsverband über einen KDN-Anschluss?

Ja

Nein

2. Wird das Melderegister spätestens ab 1. Januar 2007 bei Nutzung des KDN selbst oder durch einen Dritten im Wege der Datenverarbeitung im Auftrag ab 1. Januar 2007 im KDN betrieben?

Ja

Nein

3. Fallen die Ausgaben im Rahmen der fristgemäßen Realisierung der technischen Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung an?

Ja

Nein

4. Fallen die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Wechsel des EWO-Verfahrens an?

Ja

Nein

5. Nachweis der Notwendigkeit des Wechsels des EWO-Verfahrens/Begründung des Wechsels:

5.1 Verbindliche Eigenerklärung des EWO-Verfahrenanbieters bezüglich der Realisierung der technischen Standards OSC I X Meld und OSC I Transport gemäß den Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung zum 30. Juni 2006 wurde durch die Meldebehörde angefordert?

Ja

Nein

Anforderung erfolgte zum Termin: _____

5.2 Verbindliche Eigenerklärung des EWO-Verfahrenanbieters, ob die technischen Standards OSC I X Meld und OSC I Transport gemäß den Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung zum 30. Juni 2006 implementiert werden, liegt vor?

(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

Begründung für den Wechsel des EWO-Verfahrens:

6. Ist die Gemeinde/der Verwaltungsverband wirtschaftlich in der Lage, die technischen Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung fristgemäß bis zum 31. Dezember 2006 zu realisieren?

Ja

Nein

Begründung:

7. Die Gemeinde/der Verwaltungsverband ist gemäß § 72 Abs. 4 oder 5 SächsGemO zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet oder hat bereits ein Haushaltssicherungskonzept (gemäß § 72 Abs. 4 oder 5 SächsGemO) aufgestellt, und die Verpflichtung zur Aufstellung nach § 72 Abs. 4 oder 5 SächsGemO liegt noch vor.

Ja

Nein

III. Beantragter Fördergegenstand:

Für welchen Gegenstand beantragen Sie eine Förderung?

1. Förderung zur Entwicklung eines Umsetzungskonzeptes zur Einführung eines neuen Einwohnermeldeverfahrens:

Ja

Nein

- 1.1 Mindestens drei Angebote für die Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zur Einführung eines neuen Einwohnermeldeverfahrens liegen vor?
(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

- 1.2 Das wirtschaftlichste Angebot wurde favorisiert.

Ja

Nein

2. Förderung des Anschlusses an ein zentrales Einwohnermeldeverfahren oder der Anschaffung eines neuen Einwohnermeldeverfahrens:

Ja

Nein

2.1 Mindestens drei Angebote für den Anschluss an ein zentrales Einwohnermeldeverfahren oder die Anschaffung eines neuen Einwohnermeldeverfahrens liegen vor?
(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

2.2 Das wirtschaftlichste Angebot wurde favorisiert.

Ja

Nein

3. Förderung für die Neubeschaffung von Arbeitsplatz-Computern, die aufgrund des Wechsels des Einwohnermeldeverfahrens notwendig wird, sofern die in den Meldebehörden vorhandenen Geräte älter als fünf Jahre sind:

3.1 Technische Daten (Leistungsklasse) der bislang verwendeten Arbeitsplatz-Computer:

3.2 Ist die Neuanschaffung der Arbeitsplatz-Computer aufgrund des Wechsels des Einwohnermeldeverfahrens notwendig?

Ja

Nein

3.3 Sind die bislang im Meldewesen eingesetzten Arbeitsplatz-Computer älter als fünf Jahre?

Ja

Nein

Begründung:

3.4 Mindestens drei Angebote für die Neubeschaffung von Arbeitsplatz-Computern liegen vor?
(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

3.5 Das wirtschaftlichste Angebot wurde favorisiert.

Ja

Nein

4. Förderung der aus Nummer 2 resultierenden Ausgaben für die Migration der Daten:

4.1 Mindestens drei Angebote für die Realisierung der Migration der Daten liegen vor?
(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

4.2 Das wirtschaftlichste Angebot wurde favorisiert.

Ja

Nein

5. Förderung für den **Erstanschluss** an das Kommunale Datennetz (KDN) als Grundlage der Kommunikation der Meldebehörde.

Ja

Nein

5.1 Anschluss an das KDN wird zum _____ erfolgen.

Ort, Datum

Unterschrift und Dienstsiegel